

Archivordnung für das Stadtarchiv der Barbarossastadt Gelnhausen

Aufgrund der §§ 5 und 51 Nr. 6 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. März 2005 (GVBl I S. 142) zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. März 2010 (GVBl I S. 119) i.V.m. § 4 Abs. 1 des Hessischen Archivgesetzes (HArchivG) vom 18. Oktober 1989 (GVBl. I. S. 270) zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. November 2012 hat die Stadtverordnetenversammlung der Barbarossastadt Gelnhausen am 19. Juni 2013 folgende Satzung (Archivordnung) beschlossen:

§ 1 Aufgaben des Stadtarchivs

- (1) Das Stadtarchiv hat die Aufgabe, die bei der Stadtverwaltung Gelnhausen und ihren Rechtsvorgängern entstandenen Akten, Schriftstücke, Drucksachen, Karteien, Dateien, Karten, Pläne, Plakate, Siegel, Objekte, Bild-, Film- und Tondokumente sowie sonstige Informationsträger, die für Wissenschaft und Forschung, Verwaltung und Rechtsprechung oder zur Sicherung sonstiger berechtigter Belange von bleibendem Wert sind oder nach anderen Vorschriften dauernd aufzubewahren sind, zu verwahren, zu erhalten, zu erschließen und nutzbar zu machen.
- (2) Das Stadtarchiv kann auch Archivgut und Objekte anderer Herkunft übernehmen, soweit an deren Verwahrung, Erschließung und Nutzung ein öffentliches Interesse besteht und die finanzielle, räumliche und personelle Ausstattung des Stadtarchives eine solche Übernahme zulässt.
- (3) Im Stadtarchiv werden die Druckschriften der Stadt Gelnhausen gesammelt sowie die Literatur zur Geschichte und Gegenwart der Stadt Gelnhausen, wichtige Veröffentlichungen zur Geschichte der Region und allgemeine Hilfsmittel bereitgestellt.
- (4) Das Stadtarchiv fördert die Erforschung der Stadtgeschichte und unterstützt die historische Bildungsarbeit.

§ 2 Benutzungsrecht

Das Archivgut steht nach Maßgabe des Archivgesetzes Hessen (Hessisches Archivgesetz vom 26. November 2012; HArchivG) und dieser Benutzungsordnung Behörden, Gerichten und sonstigen öffentlichen Stellen sowie natürlichen und juristischen Personen für die Benutzung zur Verfügung, soweit gesetzliche Bestimmungen oder Regelungen der Stadt, einschließlich dieser Benutzungsordnung, dem nicht entgegenstehen. Das Benutzungsverhältnis ist öffentlich-rechtlicher Natur.

§ 3 Benutzungszweck

Soweit ein berechtigtes Interesse an der Benutzung glaubhaft gemacht wird, kann Archivgut benutzt werden

- a) für dienstliche Zwecke von Behörden und Gerichten (amtliche Benutzung),
- b) für Zwecke der Wissenschaft und Forschung (wissenschaftliche, heimat- und familienkundliche Benutzung),

- c) für Zwecke von Bildung und Unterricht (pädagogische Nutzung)
- d) zur Vorbereitung von Veröffentlichungen, z.B. durch Presse, Hörfunk, Internet, Film und Fernsehen (publizistische Benutzung)
- e) zur Wahrnehmung persönlicher Belange und aus privatem Interesse (private Benutzung),
- f) für sonstige Zwecke.

§ 4 Benutzung

- (1) Die Benutzung des Archivgutes erfolgt in der Regel durch persönliche Einsichtnahme im Stadtarchiv. Darüber hinaus werden schriftliche und mündliche Auskünfte erteilt. Die Benutzer werden archivfachlich beraten, auf weitgehende Hilfen, z.B. beim Lesen älterer Texte, besteht kein Anspruch. Über die Art und Weise der Benutzung entscheidet das Stadtarchiv nach archivfachlichen Gesichtspunkten.
- (2) Das Archivgut wird nach vorangegangener Beratung im Original oder als Reproduktion im Benutzerraum des Stadtarchivs vorgelegt oder als Reproduktion ausgehändigt. Zum Schutz des Archivguts oder zur Wahrung schutzwürdiger Belange Dritter können auch ausschließlich Auskünfte über seinen Inhalt erteilt werden.
- (3) Das Archivgut ist nur im Benutzerraum während der festgesetzten Öffnungszeiten oder während der mit der Archivleitung vereinbarten Zeit einzusehen. Der Benutzer ist verpflichtet, die innere Ordnung des Archivguts zu belassen, seine innere Ordnung zu bewahren, es nicht zu beschädigen, zu verändern oder in seinem Erhaltungszustand zu gefährden.
- (4) Ein Anspruch auf Vorlage bestimmten Archivguts zu einem bestimmten Zeitpunkt besteht nicht.
- (5) Das Personal des Stadtarchivs ist berechtigt, den Benutzern Anweisungen zur Einhaltung der Benutzungsordnung zu erteilen, denen Folge zu leisten ist.

§ 5 Benutzung der Archivbibliothek

- (1) Die Bibliothek des Stadtarchives kann kostenlos benutzt werden. Die Benutzungsbedingungen für Archivgut gelten entsprechend.
- (2) Eine Ausleihe von Büchern ist nicht möglich.

§ 6 Benutzung amtlichen Archivgutes

- (1) Archivgut amtlicher Herkunft, das im Stadtarchiv verwahrt wird, kann 30 Jahre nach Schließung der Unterlagen benutzt werden, soweit dem nicht gesetzliche Vorschriften entgegenstehen. Archivgut, das einem Berufs- oder besonderen Amtsgeheimnis oder besonderen Rechtsvorschriften über Geheimhaltung unterlag, darf erst 60 Jahre nach Schließung der Unterlagen benutzt werden.
- (2) Archivgut, das sich nach seiner Zweckbestimmung oder seinem wesentlichen Inhalt auf eine natürliche Person bezieht, kann über die Regelungen nach Abs. 1 hinaus erst 10 Jahre nach dem Tod (soweit nicht feststellbar: 100 Jahre nach der Geburt) des Betroffenen nutzbar werden.
- (3) Die Sperrfristen nach Abs. 1 und 2 können verkürzt werden, im Falle von Abs. 2 jedoch nur, wenn
 - a) die Betroffenen, im Falle ihres Todes deren Rechtsnachfolger, in die Nutzung eingewilligt haben
 - oder
 - b) das Archivgut zu benannten wissenschaftlichen Zwecken genutzt wird und dann durch geeignete Maßnahmen sichergestellt ist, dass schutzwürdige Belange Betroffener nicht beeinträchtigt werden.

- (4) Die Sperrfristen gelten nicht für Archivalien, die bereits bei ihrer Entstehung zur Veröffentlichung bestimmt waren. Die Fristen können um höchstens 20 Jahre verlängert werden, wenn dies im öffentlichen Interesse geboten ist. Über Verkürzung oder Verlängerung der Sperrfristen entscheidet die Archivleitung.
- (5) Unterliegen Archivalien Rechtsvorschriften des Bundes, so sind auf sie die Regelungen des Bundesarchivgesetzes vom 6. Januar 1988 (BGB I. S. 62) in der jeweils gültigen Fassung anzuwenden. Insbesondere verlängern sich in diesem Fall die Schutzfristen nach Abs. 2 auf 30 bzw. auf 110 Jahre sowie nach Abs. 4 auf 30 Jahre. Die Schutzfrist nach Abs. 1 Satz 2 kann dann nicht verkürzt werden.
- (6) Rechtsansprüche auf Auskunft, Löschung, Berichtigung, Gegendarstellung bzw. Anonymisierung oder Sperrung (§ 15 HArchivG) bleiben von den Regelungen der Absätze 1 bis 4 unberührt.

§ 7 Benutzung von Archivgut privaten Ursprungs im Archiv

Für die Benutzung von Archivgut privater Herkunft, das im Stadtarchiv bewahrt wird, gilt § 6 entsprechend, soweit mit dem Verfügungsberechtigten des Archivgutes keine anderen Vereinbarungen getroffen sind.

§ 8 Benutzung fremden Archivgutes

Für die Benutzung von Archivgut, das von anderen Archiven oder Instituten übersandt wird, gelten die gleichen Bedingungen wie für das Archivgut des Stadtarchives, sofern die übersendende Stelle nicht anderslautende Auflagen macht. Kosten und anfallende Gebühren oder Entgelte tragen diejenigen, die die Versendung veranlasst haben.

§ 9 Benutzungsantrag

- (1) Der Benutzer hat schriftlich unter Vorlage seines gültigen Personalausweises oder Reisepasses einen Antrag auf Benutzungsgenehmigung zu stellen. Dabei sind Angaben zur Person zu machen, der Benutzungszweck sowie der Gegenstand der Nachforschungen möglichst genau anzugeben. Eventuelle Änderungen der gemachten Angaben innerhalb des genehmigten Benutzungszeitraumes sind mitzuteilen. Bei persönlicher Benutzung ist ein Vordruck zu verwenden.
- (2) Das Stadtarchiv ist nach Maßgabe des Gesetzes zum Schutz vor Missbrauch personenbezogener Daten bei der Datenverarbeitung (Datenschutzgesetz Hessen in der Fassung vom 7. Januar 1999 geändert durch Gesetz zur Neuordnung des Datenschutzes und der Wahrung der Unabhängigkeit des Datenschutzbeauftragten in Hessen vom 20. Mai 2011) in der jeweils gültigen Fassung zur Verarbeitung dieser personenbezogenen Daten berechtigt.
- (3) Der Benutzer muss gleichzeitig eine schriftliche Erklärung darüber abgeben, dass er bestehende Urheber- und Personenschutzrechte beachten wird und Verstöße gegenüber den Berechtigten selbst zu vertreten hat.
- (4) Sollen andere Personen als Hilfskräfte oder Beauftragte zu den Arbeiten herangezogen werden, so ist für diese jeweils ein besonderer Antrag zu stellen.
- (5) Der Benutzer verpflichtet sich, von jeder Veröffentlichung, die auf der Benutzung von Archivgut des Stadtarchivs beruht, unmittelbar nach

Fertigstellung bzw. Veröffentlichung ein Belegexemplar unaufgefordert und kostenlos abzuliefern.

- (6) Der Benutzer bestätigt durch seine Unterschrift die Kenntnis der Benutzungsordnung und verpflichtet sich zu deren Einhaltung.
- (7) Soweit der Benutzer kein magaziniertes Archivgut verwendet, keine Reproduktionen wünscht und keine Bücher ausleiht, kann das Stadtarchiv auf einen schriftlichen Antrag verzichten und die Benutzungsgenehmigung mündlich erteilen.

§ 10 Benutzungsgenehmigung

- (1) Die Benutzungsgenehmigung erteilt die Archivleitung oder von ihr dazu befugtes Personal.
- (2) Die Benutzungsgenehmigung gilt für das laufende Kalenderjahr und für den angegebenen Zweck und Gegenstand.
- (3) Die Benutzungsgenehmigung ist einzuschränken oder zu versagen, wenn
 - a) Grund zu der Annahme besteht, dass dem Wohl der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder wesentliche Nachteile entstehen,
 - b) Grund zu der Annahme besteht, dass schutzwürdige Belange einer Person beeinträchtigt werden,
 - c) die Geheimhaltungspflicht nach § 203 Absatz 1 bis 3 des Strafgesetzbuches oder andere Rechtsvorschriften über Geheimhaltung verletzt würden,
 - d) der Erhaltungszustand des Archivgutes gefährdet würde
 - e) ein nicht vertretbarer Verwaltungsaufwand entstehen würde
 - f) bei früherer Benutzung von Archivgut schwerwiegend gegen die Benutzungsordnung verstoßen worden ist oder festgelegte Benutzungsbedingungen oder – auflagen nicht eingehalten worden sind,
 - g) Archivgut aus dienstlichen Gründen oder wegen gleichzeitiger amtlicher oder anderweitiger Nutzung nicht verfügbar ist
 - h) der Ordnungszustand des Archivgutes oder Vereinbarungen mit Eigentümern von Archivgut dies erfordern.
- (4) Die Genehmigung kann widerrufen werden, wenn
 - a) Gründe bekannt werden, die zur Versagung geführt hätten,
 - b) gegen die Benutzungsordnung oder ergänzende Bestimmungen des Archivs verstoßen wird,
 - c) Benutzungsbedingungen oder –auflagen nicht eingehalten werden, oder
 - d) Urheber- oder Persönlichkeitsschutzrechte oder andere schutzwürdige Belange Dritter nicht beachtet werden.

§ 11 Rechtsschutzbestimmungen

- (1) Bei der Verwertung der aus Archivgut gewonnenen Erkenntnisse sind Urheber und Persönlichkeitsrechte, insbesondere das Datenschutzrecht und andere schutzwürdige Belange Dritter, zu wahren. Wer diese Rechte und Belange verletzt, hat dies den Berechtigten gegenüber selbst zu vertreten.
- (2) Die Erlaubnis zur Benutzung und Veröffentlichung von Archivgut, in dem Rechte und schutzwürdige Belange von Personen berührt werden, kann davon abhängig gemacht werden, dass die schriftliche Zustimmung der Betroffenen oder ihrer Rechtsnachfolger beigebracht wird.
- (3) Die Absätze 1 und 2 gelten auch für Findmittel und Reproduktionen.

§ 12 Amtliche Benutzung

- (1) Behörden, Gerichte und sonstige öffentlich-rechtliche Stellen im Geltungsbereich des Grundgesetzes haben, soweit nicht gesetzliche Bestimmungen oder vertragliche Vereinbarungen entgegenstehen, das Recht jederzeitiger Nutzung allen Archivgutes. Dies gilt jedoch nicht für personenbezogene Unterlagen und Daten, die aufgrund einer Rechtsvorschrift hätten gesperrt oder vernichtet bzw. gelöscht werden müssen. In diesen Fällen besteht das Nutzungsrecht nur nach Maßgabe des HArchivG, jedoch nicht zu den Zwecken, zu denen die personenbezogenen Unterlagen und Daten hergestellt bzw. gespeichert worden sind.
- (2) Sonstige amtliche Nutzung von Archivgut amtlicher Herkunft, bei dem die Sperrfristen noch nicht abgelaufen sind oder das Benutzungseinschränkungen unterliegt, darf nur im Einvernehmen mit der Organisationseinheit gestattet werden, aus deren Geschäftsbereich das Archivgut stammt. Nutzungsrechte, die bereits vor Ablieferung von Unterlagen an das Archiv bestanden haben, bleiben unberührt.

§ 13 Schriftliche Auskünfte

- (1) Bei schriftlichen Anfragen sind Zweck und Gegenstand genau anzugeben.
- (2) Die schriftlichen Auskünfte des Archives beschränken sich in der Regel auf Hinweise über Art, Umfang, Zustand und Benutzbarkeit des benötigten Archivgutes.
- (3) Ein Anspruch auf Auskünfte, die eine beträchtliche Arbeitszeit erfordern, oder auf Beantwortung von wiederholten Anfragen innerhalb eines kürzeren Zeitraums besteht nicht.
- (4) Schriftliche Auskünfte an Behörden, Einrichtungen und Gerichte im Geltungsbereich des Grundgesetzes werden nach Maßgabe des § 12 im Rahmen der Amtshilfe gegeben.

§ 14 Versendung von Archivgut

- (1) Die Versendung von Archivgut an Privatpersonen – ausgenommen Eigentümer, ist nicht zulässig.
- (2) Auf begründeten Antrag kann in Ausnahmefällen Archivgut zur nichtamtlichen Benutzung an hauptamtlich verwaltete auswärtige Archive versandt werden. Die Versendung erfolgt auf Kosten der Antragsteller.
- (3) Die Versendung von Archivgut zur amtlichen Benutzung im Geltungsbereich des Grundgesetzes erfolgt im Rahmen der Amtshilfe. § 12 gilt entsprechend.
- (4) Die Versendung von Archivgut ist nur in beschränktem Umfang möglich und erfolgt stets befristet. Die Frist zur Rücksendung beträgt in der Regel vier Wochen. Sie kann auf Antrag verlängert werden.
- (5) Aus dienstlichen Gründen kann versandtes Archivgut jederzeit zurückgefordert werden.
- (6) Die Benutzung des versandeten Archivgutes richtet sich nach den Vorschriften dieser Benutzungsordnung.
- (7) Von der Versendung ausgeschlossen ist Archivgut, das
 - (a) Benutzungsbeschränkungen unterliegt,
 - (b) wegen seines hohen Wertes, seines Ordnungs- und Erhaltungszustands, wegen seines Formates oder aus anderen Sicherheitsgründen oder aus konservatorischen Gründen versendungsunfähig ist,
 - (c) häufig benutzt wird,
 - (d) noch nicht abschließend verzeichnet ist.

- (8) Die Herstellung von Reproduktionen aus versandtem Archivgut bedarf der Genehmigung des Stadtarchivs.
- (9) Ein Rechtsanspruch auf Versendung von Archivgut besteht nicht.

§ 15 Ausleihe von Archivgut für Zwecke der Öffentlichkeitsarbeit

- (1) Die Ausleihe von Archivgut zu Zwecken der Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere für Ausstellungen, ist unter bestimmten Voraussetzungen möglich. Die §§ 4 und 10 dieser Benutzerordnung gelten entsprechend.
- (2) Über Anträge auf Ausleihe von Archivgut entscheidet die Archivleitung.
- (3) Über die Ausleihe ist ein Leihvertrag abzuschließen. Der Entleiher hat bei Abschluss des Vertrags einen ausreichenden Versicherungsschutz nachzuweisen.

§ 16 Reproduktion und Nutzung

- (1) Von uneingeschränkt für die Benutzung freigegebenem Archivgut können, soweit es dessen Erhaltungszustand erlaubt und die technischen und personellen Möglichkeiten dazu gegeben sind, im Stadtarchiv auf Kosten des Benutzers Reproduktionen hergestellt werden. Selbstanfertigung durch den Benutzer kann von der Archivleitung oder von ihr dazu befugtem Personal zugelassen werden.
- (2) Ein Anspruch auf Herstellung von Reproduktionen besteht nicht. Insbesondere besteht kein Anspruch auf Durchführung größerer Aufträge zu Lasten anderer Benutzer oder des Dienstbetriebs.
- (3) Bei Akten und Bänden hat sich die Reproduktion in der Regel auf Teile solcher Archivalien zu beschränken.
- (4) Die ausgehändigten Reproduktionen (auch vom Benutzer selbst, z.B. per Fotokamera, erstellte) dürfen nur mit schriftlicher Genehmigung des Archivs unter Beachtung der Gebührenordnung und der Urheberrechte veröffentlicht, vervielfältigt oder an Dritte weitergegeben werden. Gleiches gilt auch für die Verwendung von Reproduktionen zu gewerblichen oder geschäftlichen Zwecken. Bei Veröffentlichung und Vervielfältigung von Archivgut des Stadtarchivs sind stets als Nachweis „Stadtarchiv Gelnhausen“ und die Archivsignatur des Originals anzugeben. Bei fehlendem Quellennachweis sind zusätzlich zu den sonstigen Kosten 50 Euro pro Abbildung zu entrichten.

§ 17 Entgelte und Auslagenersatz

- (1) Die Benutzung des Stadtarchivs ist grundsätzlich unentgeltlich.
- (2) Entstehende Sachkosten (z.B. für Recherchen, Kopien und Reproduktionen), Versäumnisgebühren, Sonderleistungen und Veröffentlichungsentgelte werden durch die Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Gelnhausen sowie die Gebührenordnung des Stadtarchivs geregelt.

§ 18 Inkrafttreten

Diese Benutzungsordnung tritt am 1. Juli 2013 in Kraft.

Gelnhausen, 28.06.2013

Thorsten Stolz, Bürgermeister